

Regierungsratsbeschluss

vom 23. April 2024

Nr. 2024/614

Überprüfung der Rechtslage sowie der Rechts- und Verwaltungspraxis mit Blick auf die präventive und repressive Bekämpfung von Menschenhandel, Geldwäscherei und damit in Zusammenhang stehenden Straftaten (strukturierte Kriminalität); Einsetzen einer Arbeitsgruppe und Erarbeitung eines Strategiepapiers

1. Ausgangslage

Seit 2021 wurden insgesamt fünf parlamentarische Vorstösse eingereicht, die aus jeweils unterschiedlicher Perspektive Fragen zu Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Verletzungen individueller Rechtsgüter und volkswirtschaftlichen Folgekosten stellen¹⁾. In den jeweiligen Stellungnahmen wurde Handlungsbedarf anerkannt und einzelne, konkrete Optimierungsmassnahmen aufgezeigt, beispielsweise eine Änderung des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes vom 08.03.2015 (WAG; BGS 940.11), vgl. RRB Nr. 2023/1269 vom 22.08.2023, Ziff. 3.5 und RRB vom 2023/1458 vom 12.09.2023, Ziff. 3.3.

Ausserdem wurde in allen Stellungnahmen auf die Notwendigkeiten einer engeren, ämter- und departementsübergreifenden Zusammenarbeit und der Durchführung von Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen hingewiesen. Unter Federführung der Polizei Kanton Solothurn fand im Juni 2023 eine erste Veranstaltung statt. Auf Wunsch der Einwohnergemeinden wird sie im laufenden Jahr wiederholt.

Die bisherigen Anstrengungen sind insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels zu intensivieren. In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) weist das Bundesamt für Statistik (BFS) für den Kanton Solothurn für das Jahr 2021 zwei, für 2022 keine und für 2023 eine Anzeige aus. Es wäre jedoch ein Trugschluss anzunehmen, im Kanton Solothurn existiere Menschenhandel nicht: Die PKS bildet lediglich das Hellfeld der Kriminalität ab. Als typisches Kontrolldelikt erscheint Menschenhandel in der PKS nur, wenn er vorab von den Behörden als solcher erkannt und letztlich zur Anzeige gebracht wurde.

Menschenhandel macht weder vor Landes- noch Kantonsgrenzen Halt. Die Gründe für die geringe Anzahl der bei der Staatsanwaltschaft eingereichten Anzeigen wegen Menschenhandels liegen bei den deliktsspezifischen Schwierigkeiten, beim mangelhaften Bewusstsein privater und staatlicher Akteure und bei der fehlenden Vernetzung.

2. Erwägungen

Der Nationale Aktionsplan gegen Menschenhandel des Bundesrates (NAP) 2023-2027 verpflichtet die Kantone, die Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung zu intensivieren. In der Stellungnahme zum Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung (RRB vom 2023/1458 vom 12.09.2023) haben wir die Erarbeitung eines

¹⁾ Kleine Anfrage (FDP.Die Liberalen, Bettlach): Fragwürdige Anmeldungen insbesondere von rumänischen Staatsangehörigen in Gemeinden (RRB Nr. 2021/1915 vom 21.12.2021), Interpellation Rolf Jeggli (Die Mitte, Mümliswil): Clans mit kriminellem Potential im Kanton Solothurn (RRB Nr. 2022/339 vom 08.03.2022), Interpellation André Wyss (EVP, Rohr): Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung (RRB Nr. 2022/1931 vom 12. Dezember 2022), Interpellation Fabian Gloor (Die Mitte, Oensingen): Geldwäscherei unterbinden (RRB Nr. 2023/1269 vom 22.08.2023) sowie Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung (RRB vom 2023/1458 vom 12.09.2023).

Strategiepapiers zur stärkeren Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung als sachgerecht und zielführend zugesichert.

Die präventive und repressive Bekämpfung von Menschenhandel, Geldwäscherei und damit in Zusammenhang stehenden Straftaten (strukturierte Kriminalität) berührt sowohl verschiedene Rechtsgebiete als auch Departemente und muss gleichermassen auf allen Staatsebenen erfolgen. Erste Voraussetzung zur Erzielung einer nachhaltigen Wirkung sind die enge ämterübergreifende Zusammenarbeit, der gemeinsam festgelegte und ganzheitliche Ansatz mit aufeinander abgestimmten Massnahmen sowie die koordinierte Umsetzung. Zweitens sind gewisse Personalressourcen nötig, um die komplexen Zusammenhänge im Milieu der strukturierten Kriminalität zu erkennen und aufzudecken.

Aus diesem Grund wird eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aller involvierten Departemente beziehungsweise Ämter. Die Einwohnergemeinden sind zur Teilnahme eingeladen. Die Arbeitsgruppe hat die aktuelle Rechts- und Verwaltungspraxis aufzuzeigen, den Handlungsbedarf zu identifizieren und konkrete Optimierungsmassnahmen vorzuschlagen. Ausserdem ist zu prüfen, ob neben dem WAG weitere Änderungen der kantonalen Gesetzgebung erforderlich sind.

Im Strategiepapier sind die strategischen Ziele, konkrete Messgrössen zur Überprüfung der Massnahmen durch die jeweils verantwortliche Stelle und organisatorische Fragen zur Koordination und Leitung aufzuzeigen. Zudem sind die finanziellen Auswirkungen einer Umsetzung anzugeben (vgl. RRB vom 2023/1458 vom 12.09.2023, Ziff. 3.4).

Die Arbeitsgruppe hat Bericht, Strategiepapier und Antrag bis Ende März 2025 dem Regierungsrat zu unterbreiten.

3. **Beschluss**

3.1 Mit dem Auftrag, die aktuelle Rechts- und Verwaltungspraxis im Zusammenhang mit der präventiven und repressiven Bekämpfung von Menschenhandel, Geldwäscherei und damit in Zusammenhang stehenden Straftaten (strukturierte Kriminalität) aufzuzeigen, den Handlungsbedarf zu identifizieren und konkrete Optimierungsmassnahmen vorzuschlagen und einen allfälligen Bedarf an Änderungen der kantonalen Gesetzgebung zu prüfen sowie in einem Strategiepapier die strategischen Ziele, konkrete Messgrössen, die Koordination und Leitung und die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung anzugeben, wird folgende Arbeitsgruppe eingesetzt:

- Thomas Zuber, Kommandant, Polizei Kanton Solothurn, Ddl (Co-Vorsitz)
- Remo Frei, Chef Amt für Wirtschaft und Arbeit, VWD (Co-Vorsitz)
- Jan Gutzwiller, Leitender Staatsanwalt, Abt. WOK, Staatsanwaltschaft, BJD
- Anna Erb, Leiterin Fachbereich Opferhilfe, Amt für Gesellschaft und Soziales, Ddl
- Johanna Schwegler, Chefin Migrationsamt, Ddl
- Daniel Morel, Leiter Arbeitsbedingungen, Amt für Wirtschaft und Arbeit, VWD
- Regula Mohni, Leiterin Einwohnerdienste, EWG Zuchwil, Vertreterin des VSEG
- Sabine Riniker, Leiterin Rechtsdienst, Polizei Kanton Solothurn, Ddl

- Urs Schmid, Chef Regionenpolizei Polizei Kanton Solothurn, Ddl
 - Alexander Berman, SB Strategische Analyse Kripo, Polizei Kanton Solothurn, Ddl (Kordinator und Protokollführung)
- 3.2 Die Arbeitsgruppe kann weitere Personen, insbesondere aus der kantonalen Verwaltung und den Gerichten, beiziehen.
- 3.3 Die Arbeitsgruppe hat Bericht, Strategiepapier und Antrag bis Ende März 2025 dem Regierungsrat zu unterbreiten.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Departemente

Polizei Kanton Solothurn (4, AG-Mitglieder)

Staatsanwaltschaft (2, AG-Mitglied und Amtschef)

Amt für Gesellschaft und Soziales (2, AG-Mitglied und Amtschef)

Migrationsamt (1, Amtschefin)

Amt für Wirtschaft und Arbeit (2, AG-Mitglieder)

Einwohnergemeinde Zuchwil (2, AG-Mitglied und Gemeindepräsident)

Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)